

Gerhard Naegele, Andreas Reichert

Demografischer Wandel und demografisches Altern im Ruhrgebiet: Probleme, Chancen und Perspektiven

Abstract

Demografische Entwicklungen haben insbesondere kleinräumige Effekte. Hierauf haben sich die Kommunen, aber auch die wirtschaftlich Handelnden einzustellen. Diese Einsicht nimmt der Beitrag zum Anlass, um am Beispiel des Ruhrgebiets die zu erwartenden demografischen und sozialstrukturellen Veränderungen darzustellen und die Konsequenzen für den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft herauszuarbeiten. Besonders betont werden dabei die Chancen und Potenziale des demografischen Wandels. Dargestellt wird dies insbesondere anhand eines inzwischen abgeschlossenen Forschungsprojekts, welches sich zum Ziel gesetzt hat, gemeinsam mit den Wirtschaftsakteuren vor Ort neue demografiesensible Geschäftsfelder im Bereich Wellness/Gesundheit, Informationstechnologie, Finanzdienstleistungen und vor allem Wohnen zu erschließen.

1 Vorbemerkungen

Wenn es um die wissenschaftliche Beschäftigung mit demografischen Themen und Trends geht, stehen üblicher Weise die quantitative Entwicklung der Gesamtbevölkerung und der Stand und die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur, also die Veränderungen hinsichtlich der Zusammensetzung nach Geschlecht, Alter und Nationalität/ethnischer Herkunft, im Mittelpunkt der Betrachtung.

Bereits an diesen Fragestellungen ist zu erkennen, dass demografische Analysen mehr sind, als sich einzig mit dem Älterwerden der Gesellschaft zu beschäftigen (vgl. hierzu exemplarisch Birg 2003). Diesen Eindruck der Verkürzung der Diskussion kann man allerdings haben, wenn man die aktuelle Debatte zur demografischen Entwicklung in Deutschland verfolgt. Das Thema „Altern der Bevölkerung“ nimmt dabei ein derartiges Gewicht ein, dass man durchaus den Eindruck gewinnen kann, die anderen Dimensionen der demografischen Entwicklung, wie etwa der Rückgang der Gesamtbevölkerung in mittel- bis längerfristiger Perspektive, die niedrige Geburtenrate, die kulturelle Differenzierung der Bevölkerung oder regionale Besonderheiten wie die dramatische Bevölkerungsabnahme in manchen Teilen Ostdeutschlands, fänden gar nicht statt.

Dennoch ist es natürlich richtig, dass dem Altern der Bevölkerung im Kontext demografischer Analysen eine ganz herausragende Rolle zukommt, u.a. auch deswegen, weil damit eine Vielzahl von Konsequenzen für das Zusammenleben der Menschen, das Generationenverhältnis und den Generationenvertrag, die soziale Sicherung der Bevölkerung oder für einzelne Versorgungssysteme verbunden sind, die jeweils besondere politische Gestaltungserfordernisse nach sich ziehen. Dabei ist die demografische Entwicklung der Alterung der

Gesellschaft längst zu einem politischen Querschnittsthema geworden, mit dem sich nicht mehr nur die Sozialpolitikerinnen und Sozialpolitiker in diesem Lande beschäftigen.

In diesem Beitrag geht es jedoch nicht um die Vielzahl möglicher Dimensionen der demografischen Entwicklung, sondern primär um einige ökonomische Dimensionen, und zwar bezogen auf den Wirtschaftsraum Ruhrgebiet¹. In diesem Zusammenhang und zum besseren Verständnis für den nachstehenden Beitrag seien die folgenden Bemerkungen vorangestellt:

- Obwohl demografische Prozesse bundes- und landesweit stattfinden, gibt es zusätzlich regionale Besonderheiten. Vor allem auf der örtlichen Ebene werden demografische Prozesse manifest und stellen sich demografische Herausforderungen konkret (Strohmeier 2001).
- Dieser Beitrag wird deshalb vor allem auf regionale Besonderheiten fokussieren, die das Ruhrgebiet, d.h. insbesondere das Zentrum des Ruhrgebiets, betreffen. Dabei ist zu beachten, dass der demografische Wandel im Ruhrgebiet besonders weit vorangeschritten ist. Es kann damit gleichsam als „Laboratorium“ für eine Deutschland noch bevorstehende Gesamtsituation betrachtet werden.
- Demografische Trends werden vielfach durch sozialstrukturelle Prozesse überlagert. Diese akzentuieren die durch demografische Trends bewirkten Veränderungen in der Bevölkerungs- und Bewohnerstruktur mit teilweise problematischen Konsequenzen. Dies gilt für das Ruhrgebiet in ganz besonderer Weise.

Im Folgenden wollen wir zugleich versuchen, einen Beitrag zur Entdramatisierung und Versachlichung der z.Zt. in der Diskussion um die Folgen des demografischen Wandels hierzulande dominierenden Krisenszenarien zu leisten, indem zum einen auf die politische Beeinfluss- und Gestaltbarkeit demografischer Prozesse hingewiesen und dabei eine entsprechende Verpflichtung einer vorausschauenden Politik angemahnt wird. Zum anderen wollen wir darauf aufmerksam machen, dass im demografischen Wandel auch Entwicklungs- und Wachstumschancen nicht nur für die hier lebenden und arbeitenden Menschen, sondern auch für Wirtschaft und Gesellschaft liegen, die bislang gar nicht oder zu wenig erkannt und genutzt werden.

2 Kleinräumige Entwicklung – Demografische Prozesse im Ruhrgebiet

Die konkreten Auswirkungen demografischer Prozesse manifestieren sich vor allem in kleinräumigen Strukturen (Strohmeier 2000, 2001; ILS 2002). Dabei ist die jeweilige Siedlungsbeschaffenheit von zentraler Bedeutung für demografische Bewegungen.

Für das Ruhrgebiet gilt insgesamt, dass in mittelfristiger Perspektive – und diese Perspektive wird hier eingenommen – die Städte des Ruhrgebiets sowohl an Bevölkerung einbüßen und zugleich einen weiteren Anstieg der Anzahl und der Anteile von Menschen mit Migrationshintergrund erleben werden. Anders dagegen wird die Situation in den Umlandregionen verlaufen. Hier fallen die Bevölkerungsrückgänge deutlich geringer aus bzw. es finden gar keine statt. Zudem wird auch der Anstieg der Anzahl und der Anteilswerte von Ausländerinnen und Ausländern deutlich geringer ausfallen als in den Ballungsgebieten des Ruhrgebiets.

¹ Mit dem Begriff „Ruhrgebiet“ wird im Folgenden das Gebiet des Regionalverbandes Ruhrgebiet (RVR) bezeichnet, das sich aus 12 kreisfreien Städten und vier Kreisen zusammensetzt (vgl. <http://www.rvr-online.de>).

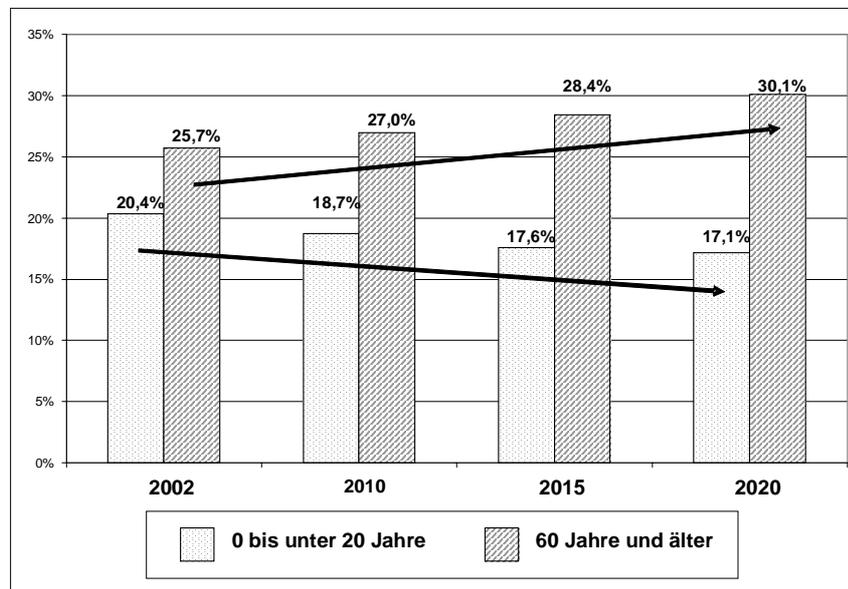
2.1 Entwicklung der Gesamtbevölkerung und Altern

Insgesamt ist das Ruhrgebiet von diesen beiden Megatrends der demografischen Entwicklung schon sehr früh und überdurchschnittlich stark betroffen gewesen. Schon seit den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts finden sich hier mehr Sterbefälle als Geburten, eine Entwicklung, die bundesweit erst einige Jahre später eingesetzt hat. In der Konsequenz hat das Ruhrgebiet allein in den letzten sechs Jahren über 130.000 Menschen verloren. Auch altert das Ruhrgebiet überdurchschnittlich schnell. Bereits jetzt leben hier mehr über als unter 35jährige Menschen. Vor allem ist ein gegenüber dem Landes- und Bundesdurchschnitt überdurchschnittlich hoher Anteil über 60jähriger Menschen festzustellen.

Zurzeit leben im Ruhrgebiet etwa 5,3 Mio. Menschen. Bis zum Jahre 2020 wird sich die Gesamtbevölkerung nach Prognosen des Landesamts für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen um etwa 270.000, also um rd. 5%, auf etwas über 5 Mio. Menschen verringern.

Eine mittelfristige Prognose für das Ruhrgebiet bis 2020 zeigt, dass die einzelnen Regionen vom Bevölkerungsrückgang unterschiedlich betroffen sein werden (Projekt Ruhr 2005, 5f.). Insbesondere in den südlichen Teilen und den Kernzentren des Ruhrgebiets wird die Bevölkerung stark abnehmen. So verliert beispielsweise die Stadt Hagen ca. 16% der Einwohner, während der Kreis Unna einen Zuwachs von über elf Prozent zu erwarten hat (im Vergleich zum Referenzjahr 2002). Diese Unterschiede wären noch deutlicher, würde man lediglich die natürlichen Bevölkerungsbewegungen, also Geburten und Sterbefälle betrachten und die erwarteten Migrationsgewinne unberücksichtigt lassen.

Abb. 1: Anteil unterschiedlicher Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung im RVR bis 2020 (in %)



Quelle: LDS NRW, Darstellung: Franke/Wilde 2005

Parallel dazu wird sich auch die Altersstruktur erheblich verändern, wie dies die Abbildung 1 zeigt. Es wird deutlich, dass das für die gesamte Republik vorausberechnete „dreifache Altern“² (Tews 1993, 17) der Gesellschaft bereits jetzt Teile des Ruhrgebiets erreicht hat und auch weiterhin zu erwarten sein wird.

Im Vergleich des Ruhrgebiets mit dem gesamten Nordrhein-Westfalen zeigt sich, dass das Ruhrgebiet bis zum Jahr 2020 schneller altert. So wird der relative Anteil der über 75jährigen hier um 4,1 % zunehmen, im Landesschnitt dagegen „nur“ um 3,8%. Auch die Gruppe der 60- bis unter 75Jährigen wächst anteilmäßig etwas schneller. Demgegenüber wächst die Gruppe der 40-59Jährigen im Landesschnitt schneller, und zwar um 2% gegenüber 1,3%. In den jüngeren Altersgruppen ist der Rückgang dagegen sehr ähnlich.

2.2 Menschen mit Migrationshintergrund

Die AusländerInnenzahlen im Ruhrgebiet sind bekanntlich schon sehr früh höher gewesen als im Landes- und Bundesdurchschnitt. So kamen bereits in den 1960iger Jahren überdurchschnittlich viele „Gastarbeiter“, mit der Konsequenz, dass das „Altern in der Fremde“ hier bereits deutlich früher eingesetzt hat als im Bundes- und Landesdurchschnitt.

Derzeit leben im Ruhrgebiet ca. 630.000 Personen mit einem ausländischen Pass. Die stärkste Gruppe sind dabei die türkischen Staatsangehörigen mit einem Anteil von etwa 43% an allen im Ruhrgebiet lebenden Ausländerinnen und Ausländern. Dies entspricht insgesamt einem Ausländeranteil von knapp 12% gegenüber einem Bundesdurchschnitt von etwas über 7 % und einem Landesdurchschnitt von knapp 11%. Hinzu kommt noch eine nur schwer zu schätzende Zahl an Personen mit einem persönlichen Lebenshintergrund als Spätaussiedlerin und Spätaussiedler mit noch spezifischeren „Migrationserfahrungen“. Bundesweit sind dies derzeit etwa 4 Mio. Personen. Davon dürften zwischen 20 und 25% auf Nordrhein-Westfalen und davon wiederum ein großer Teil auf das Ruhrgebiet entfallen³.

3 Ausgewählte regionale und sozialstrukturelle Differenzierungen

Demografische Daten verdecken häufig sozialstrukturelle Zusammenhänge. So zeigt sich z.B. in einer kleinräumigen Betrachtung, dass die Städte (als soziale Gebilde) über ihre Grenzen hinauswachsen. Dies hat zur Folge, dass es eigentlich angebracht wäre, z.B. nicht von Dortmund, sondern vom „Großraum Dortmund“ zu sprechen. Dabei wird ersichtlich, dass die Bevölkerungszahl zwar in den Stadtzentren zurückgeht, jedoch im Umland durchaus Regionen mit wachsender Bevölkerungszahl zu finden sind. Diese Suburbanisierung ist primär als

2 Dies bedeutet: Eine Zunahme der absoluten Zahl älterer Menschen, eine Zunahme des relativen Anteils älterer Menschen und eine absolute Zunahme der Hochaltrigen.

3 Einschränkend ist zu bemerken, dass die vorliegenden amtlichen Statistiken nicht nach der vorherigen Staatsbürgerschaft der jetzt als Deutsche registrierten Personen differenzieren und dass dementsprechend auch keine kleinräumigen, validen Aussagen über Anzahl und Anteile von Spätaussiedlern darunter möglich sind. Dies bedeutet, dass die Zahl und die Anteile von Menschen mit Migrationshintergrund bzw. mit anderen kulturellen Erfahrungen tatsächlich deutlich höher sind als die von der amtlichen Statistik ausgewiesenen Vergleichszahlen für die ausländische Bevölkerung im Land. Entsprechende Schätzungen belaufen sich für das Ruhrgebiet auf rd. ein Viertel der Gesamtbevölkerung. Dabei sind noch nicht einmal die illegal hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer einbezogen, von denen für das Ruhrgebiet mindestens mehrere 10.000 angenommen werden können. Allerdings ist dies kein Ruhrgebiets-Spezifikum, d.h. dies dürfte generell für Regionen mit hohen Ausländeranteilen bzw. auch für andere Zuwanderungsregionen außerhalb von Nordrhein-Westfalen gelten.

Familienwanderung sowie als Wegwanderung von jüngeren und zugleich höherqualifizierten Menschen zu charakterisieren. Allerdings sind die Familienwanderungen in das Umland der Großstädte heute weitgehend abgeschlossen, da es immer weniger Familien gibt, für die diese Alternative noch in Frage kommt. Demgegenüber hält die Abwanderung jüngerer und zugleich gut gebildeter Personen in das Umland des Ruhrgebiets an (Strohmeier 2002). Zusammenfassend und stark verkürzt gibt es folgende zusätzliche regionalspezifische Erkenntnisse zur künftigen Bevölkerungszahl und -struktur im Ruhrgebiet:

- Der bereits jetzt in den Kernstädten bestehende vergleichsweise hohe Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung wird sich weiter erhöhen: „Kurzfristig werden die Effekte der demografischen Alterung besonders in den kreisfreien Städten des Ruhrgebiets zu beobachten sein, längerfristig dagegen eher im jetzt noch jungen, ländlich-suburbanen Umland“ (Strohmeier 2002, 57). Hier wird sich der Prozess des Alterns der Bevölkerung erst in ca. 20 bis 30 Jahren deutlich bemerkbar machen.
- Die „Singularisierung“ der Bevölkerung schreitet vor allem in den Kernstädten weiter voran. Es ist mit einem weiteren Anstieg der Zahl der Ein-Personen-Haushalte, vor allem jüngerer und älterer Menschen, zu rechnen.
- Die weiter steigenden Zuwanderungen von Ausländerinnen und Ausländern werden auch künftig sehr viel stärker in die Kernstädte hinein und weniger in die suburbanen Randregionen erfolgen – mit der Konsequenz einer weiteren Zunahme des Anteils von Menschen mit anderer ethnischer und/oder kultureller Herkunft.
- Bei insgesamt zahlen- und anteilmäßig rückläufigen Jugendquotienten in den Kernzentren des Ruhrgebiets nimmt der Anteil junger Menschen mit ausländischem oder Migrationshintergrund überdurchschnittlich zu: Der insgesamt rückläufige Jugendquotient wird gleichsam „kulturell bunter“.
- Aufgrund der gegenüber der einheimischen Bevölkerung immer noch durchschnittlich geringeren Bildungs- und Ausbildungsbeteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund droht sowohl das schulische als auch das berufliche Bildungsniveau der (jüngeren) Erwerbsbevölkerung der Zukunft tendenziell abzusinken.
- In den Kernzentren des Ruhrgebiets verbleiben die Bevölkerungsgruppen, die weniger mobil sind. Dabei handelt es sich überdurchschnittlich häufig um Ältere, Ausländerinnen und Ausländer sowie um Menschen in sozial gefährdeten bis problematischen Lebenslagen, so etwa Arbeitslose, primär alleinerziehende Frauen oder alleinstehende jüngere Menschen mit nur unterdurchschnittlichem Bildungs- und Ausbildungsniveau.

4 Zu einigen gerontologisch relevanten Differenzierungen

Insgesamt wird sich die bereits jetzt bestehende Dominanz des Alterns der Bevölkerung weiterhin verstärken. Das „dreifache Altern“ erreicht die Zentren des Ruhrgebiets nicht nur früher, sondern auch akzentuierter als im übrigen Nordrhein-Westfalen. In der Folge werden typische Themen und Probleme einer insgesamt alternden Gesellschaft hier häufiger und auch qualitativ ausgeprägter auftreten:

- Dies gilt zunächst insbesondere für die Arbeitswelt. Bereits jetzt sind im Ruhrgebiet die Anzeichen einer „Alterung der Belegschaften“ ganz deutlich zu erkennen. Allein bis 2015 rechnen Arbeitsmarktexperten gegenüber 1998 mit einer Zunahme der 45-55jährigen potenziellen Erwerbspersonen um über 30% (Klemmer 2001).

- Unter anderem aufgrund des das Ruhrgebiet früher erreichenden Trends zur Hochaltrigkeit steigt der altersspezifische Hilfe-, Krankheits- und Pflegebedarf überdurchschnittlich schnell an. Darauf weist z.B. die Enquete-Kommission Pflege des Landes Nordrhein-Westfalen in ihrem Abschlussbericht ausdrücklich hin. Insgesamt kommt es auch zu immer schwerwiegenden Fällen von Pflegebedürftigkeit und es steigt der Heimpflegebedarf überdurchschnittlich an (Landtag NRW 2005).
- Aufgrund der erwähnten, im Landesdurchschnitt bereits viel früher eingesetzten Migrationserfahrung des Ruhrgebiets wird in den Kernzentren schon sehr bald die sogenannte „kulturelle Differenzierung“ des Alters durch die wachsende Anzahl der älteren Angehörigen der „Gastarbeitergeneration“ zunehmen. Zweifel bestehen, ob die bislang noch tragfähigen informellen, vor allem familiären sozialen Netzwerke und Social-Support-Systeme in der Lage sind, den künftig stark steigenden Bedarf an Hilfe und Betreuung abzudecken (mit Blick auf die Pflege vgl. ebenfalls Landtag NRW 2005).

Andererseits wird das Alter aber auch heterogener, und darin eingeschlossen sind insgesamt gewachsene Potenziale und Ressourcen, so u.a. bezüglich Einkommen und Vermögen, Bildung, Mobilität und Gesundheit. Das insgesamt „positiver“ gewordene Alter bildet eine Vielzahl politisch beeinflussbarer Entwicklungs- und Gestaltungsperspektiven und könnte damit ein relevantes Gegengewicht zu den drohenden Risiken weiterer sozialer Abstiegsprozesse in den Ruhrgebietszentren bilden.

5 Die demografische Entwicklung in der Perspektive von Krisenszenarien – zu einseitig!

Im Großen und Ganzen werden demografische Veränderungen hierzulande primär unter negativem Vorzeichen diskutiert. Man könnte sagen, demografische Krisenszenarien dominieren, zumal noch, wenn sie – wie erwähnt, für das Ruhrgebiet typisch – durch problematische sozialstrukturelle Entwicklungen überlagert werden. Bezogen auf Nordrhein-Westfalen – aber auch auf andere Bundesländer – gibt es mittlerweile Prognosen darüber, wo demografische „Gewinn-“ und wo „Verlustregionen“ sein werden, wobei allerdings nicht immer klar ist, was die jeweiligen Autoren unter „Gewinn“ und „Verlust“ verstehen. Dennoch dürfte richtig sein, dass die Kompetenz in der politischen Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels zu einem ganz entscheidenden Erfolgsfaktor im Wettbewerb der Regionen wird.

Eindeutig positioniert hat sich dabei das Berlin Institut in seiner Studie „Deutschland 2020“ (Berlin Institut 2004). Darin spricht es u.a. davon, dass „das Ruhrgebiet absteigt“, wobei es dem „Niedergangsszenarium“ die folgenden Trends zugrunde legt:

- Hohe Arbeitslosigkeit
- „Überalterung“ der Bevölkerung einschließlich des Arbeitsmarktes
- geringe Anziehungskraft für bzw. Abwanderung von insbesondere junge/n und qualifizierte/n Menschen
- hoher Ausländeranteil, vor allem jüngerer Ausländerinnen und Ausländer
- bereits jetzt überlastete soziale Infrastruktur

In der Studie heißt es dazu: „Das Revier steigt ab. (...) Die junge Mittelschicht drängt ins Grüne und verlässt das Ruhrgebiet. (...) Zurück bleiben dann jene, die wenig mobil sind: Arme, Alte und Ausländer. Das Ruhrgebiet ist schon heute der rentnerreichste Großraum Deutschlands“ (Berlin-Institut 2004, 60).

Was ist nun von derartigen Krisenszenarien zu halten? Zunächst ist festzuhalten:

- Der große Vorteil demografischer Prozesse ist der, dass man sie relativ genau prognostizieren kann, denn sie kommen nicht plötzlich, sondern erfolgen schleichend und sind von daher auch längerfristig absehbar. Somit sind sie auch aus der Perspektive einer vorausschauenden Politik – zumindest hinsichtlich ihrer Konsequenzen – planbar und daher politisch gestaltbar (vgl. auch Deutscher Bundestag 2002).
- Dies gilt insbesondere für die demografischen Prozessen ebenfalls zugrunde liegenden, bislang völlig ungenutzten Potenziale für gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt und Wachstum.

Auch wenn es heute üblich geworden ist, das Altern der Bevölkerung hauptsächlich als Belastung der Gesellschaft oder als Kostenfaktor vor allem der nachfolgenden Generationen zu sehen und wenn außer Frage steht, dass die demografische Entwicklung steigende Ausgaben für die Altersversorgung und die soziale und pflegerische Infrastruktur mit sich bringt, ist eine derartige, primär an problematischen Konsequenzen demografischer Prozesse festgemachte Betrachtungsweise zu einseitig. Der demografische Wandel und das Altern der Bevölkerung beinhalten nämlich auch Chancen und Potenziale sowohl für den Einzelnen als auch für die Gesellschaft und nicht zuletzt auch für wirtschaftliches Wachstum und in der Folge für neue Arbeitsplätze. Es gilt, die gewachsenen Potenziale und Niveaus der älteren Menschen selbst – zumindest verglichen mit früheren Kohorten – künftig vermehrt als Anknüpfungspunkte für eine gegen den vorherrschenden Belastungsdiskurs gerichtete Politik der besseren Nutzung der Ressourcen älterer Menschen zu begreifen und zu nutzen. Allerdings geschieht dies individuell wie gesellschaftlich viel zu selten⁴.

6 Perspektiven einer „Entdramatisierung“ des Alterns im Ruhrgebiet

Ausgehend von dem hier nur angedeuteten Paradigmenwechsel in der Beurteilung der demografischen Entwicklung, soll – mit besonderem Blick auf das Altern im Ruhrgebiet – abschließend auf drei Schwerpunktbereiche eingegangen werden, in denen entsprechende Maßnahmen zu forcieren sind:

6.1 Paradigmenwechsel in der vorherrschenden Ältere-ArbeitnehmerInnen-Politik einleiten

Mit Blick auf die zu erwartende demografisch bedingte weitere Alterung der Belegschaften gilt im Kern die Aussage, dass verstärkt in das Humankapital älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer investiert werden muss, d.h. in ihre Beschäftigungsfähigkeit (Naegele 2005), sollen sie künftig als wirksame und produktive demografische Arbeitsmarktreserve fungieren. Der dahinter stehende Paradigmenwechsel, den bislang dominierenden Frühverrentungstrend durch eine Kultur der Weiterbeschäftigung zu ersetzen, wird zwar von vielen Fachleuten mittlerweile für unverzichtbar gehalten, jedoch gibt es immer noch viel zu wenig konkrete

⁴ Nicht ohne Grund trägt deshalb auch der 5. Altenbericht der Bundesregierung den Titel „Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft. Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen“ (BMSFSJ 2005). Auch der Fortschrittsbericht zum nationalen Nachhaltigkeitsbericht der Bundesregierung greift diese Perspektive explizit auf und plädiert für eine stärkere Teilhabe der Älteren an der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung (Bundesregierung 2004).

betriebliche Initiativen. Dies gilt in besonderer Weise für den Ruhrgebietsraum, zumal hier die Frühverrentungspraxis und eine entsprechende -mentalität in der Bevölkerung überdurchschnittlich stark verbreitet sind.

Anstelle der bislang dominierenden „großen Koalition zugunsten der Frühverrentung“ ist auch im Ruhrgebiet eine „große Koalition zugunsten einer längeren Lebensarbeitszeit“ notwendig. Dabei ist die Zeitachse zu beachten. Da der Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials insbesondere zwischen 2015 und 2020 massiv einsetzen wird und speziell größere und Großbetriebe eine „strategische Umstellungszeit“ für ihre Personalpolitik von teilweise bis zu zehn Jahren benötigen, gilt es, insbesondere die nächsten Jahre zur Vorbereitung dieses Paradigmenwechsels zu nutzen. Dazu bedarf es auf alle Beteiligten ausgerichteter, mittel- bis längerfristig angelegter und insgesamt integrierter Anstrengungen auf vielen Feldern und Politikebenen. Angesprochen sind neben den älteren Erwerbstätigen, den betrieblichen Akteuren und den Tarifparteien auch der Staat, um förderliche Rahmenbedingungen insbesondere in der Gesundheits-, (vor allem beruflichen) Bildungspolitik, Familien- und Arbeitsmarktpolitik sowie in anderen Bereichen sozialer Sicherung für eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit zu schaffen.

Die gesetzlich vollzogene Anhebung der Altersgrenzen allein wird nur in sehr begrenztem Umfang auf die (Weiter-)Arbeitsmöglichkeit und -bereitschaft älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Einfluss ausüben. Ökonomische „Anreize“ reichen nicht aus, vor allem dann nicht, wenn sie sich nur auf Leistungen der Gesetzlichen Rentenversicherung beschränken. Notwendig ist zugleich eine Flankierung durch parallele Konzepte der Beschäftigungssicherung und -förderung alternder Belegschaften (Naegele 2004).

Zentrale Anknüpfungspunkte dafür sind einerseits die Förderung der „Beschäftigungsfähigkeit“ der Erwerbstätigen sowie andererseits eine entsprechende Beschäftigungsbereitschaft seitens der Betriebe. Besondere Anstrengungen müssen dabei auch den bekannten Problemgruppen gelten. Dies gilt neben den gering Qualifizierten und/oder älteren Ausländerinnen und Ausländern vor allem für Beschäftigte auf so genannten Arbeitsplätzen mit begrenzter Tätigkeitsdauer, von denen es sehr viele gibt und auf denen bei unveränderten Arbeitsbedingungen und -belastungen de facto gar keine Chance besteht, auf den angestammten Arbeitsplätzen alt zu werden.

Betriebe und Verwaltungen müssen ihre bisherige „Jugendzentrierung“ in der Personal- und Beschäftigungspolitik aufgeben und sich auf die besonderen Beschäftigungsvoraussetzungen, -bedürfnisse und -erwartungen altersmäßig, aber auch hinsichtlich Geschlecht und kultureller Herkunft zunehmend anders zusammengesetzter Belegschaften einstellen. Mit Blick auf das „kollektive Altern der Belegschaften“ sind in den Betrieben und Verwaltungen die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Verlängerung der Lebensarbeitszeit machbar und für die Betroffenen möglich ist und es auch aus der Perspektive der Beschäftigten wünschenswert ist, im angestammten Beruf bzw. im Betrieb „auch wirklich alt werden zu können“ (Frerichs 2005).

6.2 Bürgerschaftliches Engagement älterer Menschen fördern und ausbauen

Vor dem Hintergrund des normativen Paradigmenwechsels in der Behandlung der Potenziale des Alters in den letzten Jahren (Gerling et al. 2004), wird deren bessere Nutzung zunehmend auch als ein notwendiger Beitrag der Älteren selbst zur Entschärfung sonst drohender Generationenkonflikte angesehen. Als ein dazu besonders geeigneter Bereich gilt – neben der

Arbeitswelt – das bürgerschaftliche Engagement (Naegele/Rohleder 2001). Dieses wird vielfach als Teil einer weiteren wichtigen gesellschaftlichen Zukunftsaufgabe begriffen, zu dem gerade unter der Überschrift „Organisation und Unterstützung lokaler Strukturen einer neuen Kultur des Helfens“ eine bundesweite Diskussion begonnen hat. Mit Blick auf das Alter sind in diesem Zusammenhang vor allem zwei Dinge von Bedeutung:

(1) Zum einen ist, wie empirische Umfragen zeigen, insbesondere bei den jüngeren Älteren das bürgerschaftliche Engagementpotenzial keineswegs ausgeschöpft. Dies gilt insbesondere für alternative, projektorientierte und weniger verpflichtende Einsatzbereiche jenseits des traditionellen Ehrenamts bei Kirchen und Wohlfahrtsverbänden. Noch weitgehend ungenutzte Ressourcen bestehen zum Beispiel in der Mitwirkung bei der kommunalen Sozialplanung, in der Qualitätssicherung (zum Beispiel Mitwirkung als Expertinnen und Experten in Heimbeiräten), in intergenerationellen Bildungsprojekten sowie insbesondere in der Unterstützung der verschiedenen Formen der Alterselbsthilfe. Besonderer Bedarf liegt im Bereich der Migrationssozialarbeit. Diese verlangt jedoch Kompetenzen und fachliche Vorbereitung in ganz spezifischer Weise (BMFSFJ 2005).

(2) Darüber hinaus werden (vor allem sehr alte) ältere Menschen selbst in wachsendem Maße zu Empfängerinnen und Empfängern von bürgerschaftlichem Engagement aufgrund steigender Hilfe- und Pflegebedürftigkeit. Dies gilt insbesondere für demenzkranke Ältere.

Beide Dimensionen verweisen zunächst auf die Notwendigkeit zur alterssensiblen Revitalisierung traditioneller Konzepte der Sozial- und Gemeinwesenarbeit. Insgesamt gilt es, auf den „Strukturwandel des Ehrenamts“, der längst auch das Alter erreicht hat, angemessen zu reagieren. Es bedarf attraktiver Betätigungsfelder, entsprechender semi-materieller Anreize sowie insgesamt einer professionellen Unterstützung (Backes 2005). Anzuregen wäre somit eine systematische kommunale Förderung; zumal noch bei im Ruhrgebiet günstigen fördernden Rahmenbedingungen und Vorläuferprojekten⁵.

6.3 Förderung der „Wirtschaftskraft Alter“

Der Gedanke, die in der Vergangenheit stark gewachsene Wirtschaftskraft Älterer und die zunehmende Heterogenität ihrer Konsumwünsche und -bedürfnisse zum Ausgangspunkt ökonomischer Initiativen zur Nutzung des demografischen Wandels zu machen, wurde für Nordrhein-Westfalen erstmals in einem gemeinsamen Memorandum der Forschungsgesellschaft für Gerontologie e.V. und des Instituts Arbeit und Technik konzeptualisiert (Barkholdt et al. 1999). Ausgehend von Überlegungen, dem Negativszenario „Demografische Belastung“ etwas entgegenzusetzen, wird darin nach Wegen gesucht, wie man zum einen die Lebensqualität älterer Menschen erhöhen und zum anderen gleichzeitig mehr Impulse für wirtschaftliches Wachstum und neue Arbeitsplätze durch neue Produkte und Dienstleistungen geben kann⁶.

Heute können wir – gleichsam „evidenzbasiert“ – davon ausgehen, dass die Seniorenwirtschaft eine Zukunftsbranche ist, die es zu entdecken und zu bearbeiten lohnt; und zwar in

5 Nicht zuletzt haben die ZWAR-Projekte („Zwischen Arbeit und Ruhestand“, Informationen unter: <http://www.zwar.org>) in Dortmund ihren Geburtsort und gibt es an der Dortmunder Universität einen schon seit langem eingeführten Weiterbildungsstudiengang für Seniorinnen und Senioren, dessen sehr viel stärkere Profilierung seines Curriculums auf bürgerschaftliches Engagement und dgl. derzeit gerade vorbereitet wird (Informationen unter: <http://www.seniorenstudium.uni-dortmund.de>).

6 Dieser Gedanke wurde dann schnell von der Landesregierung aufgegriffen und in der dort seit Anfang 2002 erfolgreich arbeitenden Geschäftsstelle Seniorenwirtschaft überführt (Gerling et al. 2004). Auch der fünfte Altenbericht der Bundesregierung hat sich explizit des Themas Wirtschafts- und Wachstumsförderung durch Seniorenwirtschaft angenommen (BMFSFJ 2005).

beiderseitigem Interesse – dem der Älteren wie dem unterschiedlicher Wirtschaftsakteure (Cirkel et al 2004). Die demografische Entwicklung und das Altern der Gesellschaft auch als eine Chance für wirtschaftliche Innovationen und wirtschaftliches Wachstum zu nutzen (Hilbert/Naegele 2002), ist allerdings eine Idee, die nicht in Deutschland erfunden wurde, sondern bereits in den USA und in Japan als erprobt gilt, wo der „silver market“ und die „silver consumer generation“ längst entdeckt sind (Conrad/Gerling 2005). Diese Perspektive gilt es gerade – auch in Anbetracht der demografischen Struktur und Entwicklung – für das Ruhrgebiet aufzugreifen. Dafür sprechen u.a. folgende Gründe:

- Aus der Konsumforschung ist bekannt, dass private Kaufentscheidungen nicht allein von der vorhandenen Konsumentenzahl abhängig sind, sondern vielmehr im Haushaltskontext getroffen werden. Trotz rückläufiger Bevölkerungszahl wird die Zahl der, insbesondere kleiner, Haushalte mit älteren Menschen wachsen.
- Auch ältere Menschen sind eine sehr heterogene Bevölkerungsgruppe mit differenzierten Konsumwünschen und -bedürfnissen, die nur über differenzierte Angebote befriedigt werden können.
- Ältere Menschen wurden lange Zeit als Verbraucher auf privaten Konsumgüter- und Dienstleistungsmärkten vernachlässigt, wofür u.a. der weitgehend negativ besetzte Begriff „Alter“ sowie die daran anknüpfenden gängigen Altersklischees verantwortlich waren. Allenfalls wurden sie als Zielgruppe sozialer Dienstleistungen ernst genommen.
- Ältere Menschen sind in wachsendem Maße auch konsuminteressiert. Die Zeit der „dankbaren“ Nehmer primär öffentlich bereit gestellter Güter und sozialer Dienste ist vorbei.
- Vor allem die nachrückenden Kohorten älterer Menschen sind hinsichtlich ihrer Konsuminteressen und -bedürfnisse zugleich anspruchsvoll und kritisch.
- Auf der individuellen Präferenzskala älterer Menschen rangieren neben dem Gesundheitszustand und der sozialen Einbindung insbesondere Wünsche nach Erhöhung von Lebensqualität und Erhaltung der Selbständigkeit. Für alle diese Bereiche gibt es gute Anknüpfungspunkte für die private Konsumgüter- und Dienstleistungswirtschaft.
- Damit gibt es zugleich eine wachsende Interessenidentität zwischen älteren Verbraucherinnen und privaten Anbietern mit Gewinneffekten für beide Seiten.
- Ältere Menschen verfügen derzeit über zum Teil beträchtliches ökonomisches Potenzial. Sie sind eine kaufkräftige Gruppe geworden (Reichert/Born 2003)⁷.

Daraus ergeben sich für die „Zukunftsbranche Seniorenwirtschaft“ folgende Wirtschaftsfelder:

- Altenhilfe, Altenpflege, geriatrische Angebote der Gesundheitswirtschaft
- Wohnungen, Wohnraumanpassungen und wohnbegleitende Dienste
- Förderung der selbständigen Lebensführung
- Bildung und Kultur
- IT & Medien
- Freizeit-, Reise-, Kultur- und Unterhaltungsangebote

⁷ Die derzeitigen Kohorten älterer Menschen, die aktiv am Wirtschaftsgeschehen teilnehmen (damit sind größtenteils Pflegebedürftige und Heimbewohner ausgeschlossen), leben überwiegend in ökonomisch sehr akzeptablen Verhältnissen. Damit einhergehend ist die Altersarmut in den letzten Jahrzehnten deutlich zurückgegangen (Grabka 2004). Allerdings lebt auch weiterhin ein durchaus nennenswerter Anteil von knapp 20% der Älteren in einer finanziell prekären Situation. Hier ist sogar anzunehmen, dass dieser Anteil in den nächsten Jahren angesichts der renten- und arbeitsmarktpolitischen Entwicklungen trotz aller positiven Entwicklungen wieder etwas zunehmen wird (Motel-Klingebiel et al. 2004) – nicht zuletzt, weil in den kommenden Jahren auch die älteren Menschen mit Migrationshintergrund zunehmen werden (vgl. Kapitel 2).

- Fitness & Wellness für Ältere
- Kleidung und Mode
- Den Alltag erleichternde Produkte und Dienste
- Demografiesensible Finanzdienstleistungen

Als eine der ersten Regionen in Deutschland hat dabei die Dortmunder und Bochumer Wirtschaft die im sogenannten „Silver Market“ liegenden Potenziale für regionale Wirtschaftsförderung, wirtschaftliches Wachstum und neue Arbeitsplätze erkannt. Gemeinsam finanziert von den IHKn Dortmund und Bochum und der Projekt Ruhr GmbH wurde dazu von der Forschungsgesellschaft für Gerontologie e.V. und dem Lehrstuhl für Allgemeine Soziologie, Arbeits- und Wirtschaftssoziologie an der Ruhr-Universität Bochum eine Umfrage bei rund 350 Unternehmen in den Wirtschaftsräumen Dortmund und Bochum durchgeführt. Dabei wurden die Unternehmen gefragt, wo sie angesichts der demografischen Veränderungen ihre unternehmerischen Interessen und mögliche wirtschaftliche Anknüpfungspunkte sehen. Diese Umfrage wurde von über 50 mündlichen Interviews untermauert. Im Fokus der Untersuchung standen dabei die folgenden Branchen: Finanzdienstleistungen, Wellness und Gesundheit, Wohnen und Haushaltsnahe Dienstleistungen sowie Informationstechnologie und Neue Medien. Insbesondere diesen Branchen wird in dieser Studie ein hohes wirtschaftliches Potenzial angesichts der demografischen Veränderungen zugesprochen (Projekt Ruhr GmbH 2005).

Ziel der Studie war es, sowohl innerhalb der jeweiligen Branchen die Sensibilität und den Stand der Umsetzung des Themas „Demografischer Wandel“ zu ermitteln als auch neue Geschäftsfelder zu entdecken bzw. zu entwickeln, um zum einen die Schaffung eines bedarfsgerechten Angebots für Ältere und zum anderen die Weckung zusätzlicher Nachfrage durch Ältere zu fördern. Dies sollte vor allem durch die Dokumentation von „Beispielen guter Praxis“ und die Darstellung der zugrunde liegenden Geschäftsmodelle erreicht werden. Darüber hinaus war es ein besonderes Ziel, gemeinsam mit den befragten Expertinnen und Experten neue Wirtschaftspotenziale an den Schnittstellen der Branchen zu entdecken und zu definieren. Denn, so die Überzeugung, gerade an diesen Schnittstellen lassen sich innovative und wirtschaftlich relevante Potenziale entdecken.

Als zentrale Ergebnisse der Studie lassen sich u.a. benennen:

- Das Interesse an der „Seniorenwirtschaft“ in der Region ist groß. Viele Unternehmen sehen interessante wirtschaftliche Entwicklungsperspektiven.
- Auch von den Unternehmen werden weitergehende Entwicklungsperspektiven an den Schnittstellen der jeweiligen Branchen, in gezielten Verknüpfungen zwischen bereits vorhandenen bzw. in Planung befindlichen Angeboten und/oder in der Vernetzung aller relevanten Akteure und Branchen gesehen.
- Günstige Entwicklungsperspektiven liegen zudem in der Kooperation privatwirtschaftlicher Anbieter mit gemeinnützigen Trägern.
- Besondere Potenziale werden in Public-Private-Partnership Modellen gesehen.
- Insgesamt werden konkrete Gestaltungsfelder in den Bereichen Förderung der selbständigen Lebensführung durch technische Unterstützung, Innovatives Wohnen im Alter, besondere Urlaubs-, Fitness- und Wellnessangebote, intelligente Kommunikationstechnik sowie „Entsparberatung“ gesehen.
- Die ökonomischen Potenziale, die im sog. „Ethnomarkt“ (wirtschaftliche Aktivitäten mit Fokus auf Personen mit Migrationshintergrund) und dem zugehörigen „Ethnomarketing“ (zugehöriger Werbemarkt) liegen könnten, sind bislang noch fast gar nicht entdeckt. Dies zeigt sich nicht zuletzt darin, dass von den befragten Unternehmen kein einziges diesen Markt für aktuell besonders relevant hält.

7 Fazit: Das Ruhrgebiet als Modellregion zur erfolgreichen Bewältigung des demografischen Wandels

Dieser Beitrag sollte verdeutlichen, dass mit dem demografischen Wandel zwar durchaus Risiken und Probleme verbunden sind, aber sich dadurch auch gleichzeitig Chancen für gesellschaftlich und wirtschaftlich positive Entwicklungen eröffnen.

Durch rechtzeitiges politisches Handeln kann vor allem das Ruhrgebiet nicht nur in sozialer, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht und im Hinblick auf neue und attraktive Arbeitsplätze profitieren. Kleinräumigen Ökonomien bietet sich eine Vielzahl von Ansatzpunkten. Der Einfluss der demografischen und sozialstrukturellen Veränderungen wird sowohl das Arbeitskräfteangebot als auch die Nachfrage in regional unterschiedlicher Weise verändern. Dieses als Chance zu begreifen und darauf zu reagieren, gilt es zu erkennen.

Literatur

- Backes, Gertrud (2005): Arbeit nach der Arbeit: Ehrenamtlichkeit und Freiwilligenarbeit älterer Menschen - Möglichkeiten und Illusionen; in: Wolfgang Clemens, François Höpflinger, Ruedi Winkler (Hg.): Arbeit in späteren Lebensphasen. Sackgassen, Perspektiven und Visionen. Bern/Stuttgart/Wien, 127-188
- Barkholdt, Corinna, Frerichs, Josef Hilbert, Gerhard Naegele, Karin Scharfenorth (1999): Memorandum „Wirtschaftskraft Alter“. Dortmund/Gelsenkirchen
- Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2004): Deutschland 2020. Die demografische Zukunft der Nation. Berlin
- Birg, Herwig (2003): Dynamik der demografischen Alterung, Bevölkerungsschrumpfung und Zuwanderung in Deutschland; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 20/2003, 6-17
- BMFSFJ (Hg.) (2005): Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft. Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen. Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Bericht der Sachverständigenkommission. Berlin
- Bundesregierung (2004): Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Fortschrittsbericht. Berlin (Download: http://www.bundesregierung.de/Anlage740735/pdf_datei.pdf>04.06.2005)
- Cirkel, Michael, Michaela Evans, Josef Hilbert, Karin Scharfenorth (2004): Mit dem Alter in die Dienstleistungsgesellschaft?; in: WSI-Mitteilungen, 10, 540-546
- Conrad, Harald, Vera Gerling (2005): Der japanische „Silbermarkt“ - Marktchancen und Best Practice für deutsche Unternehmen; in: Klaus Bellmann, René Haak (Hg.): Management in Japan. Herausforderungen und Erfolgsfaktoren für deutsche Unternehmen in einer dynamischen Umwelt. Wiesbaden, 267-278
- Deutscher Bundestag (2002): „Demografischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“. Schlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages. Berlin
- Franke, Annette, David Wilde (2005): Wirtschaftliche Potenziale des demografischen Wandels. Am Beispiel neuer Wohnformen für das Alter. Bochum (Diplomarbeit am Lehrstuhl von Prof. Dr. Rolf G. Heinze)
- Frerichs, Frerich (2005): Das Arbeitspotenzial älterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter; in: Forschungsinstitut Betriebliche Bildung (Hg.): Wettbewerbsfähig mit alternden Belegschaften. Bielefeld, 49-59
- Gerling, Vera, Gerhard Naegele, Karin Scharfenorth (2004): Der private Konsum älterer Menschen – „Wirtschaftskraft Alter“ als ein neues Feld für Konzeptualisierung und Weiterentwicklung der These von der „Altersproduktivität“; in: Sozialer Fortschritt, Jg. 53, 11-12, 293-300

- Grabka, Markus M. (2004): Einkommen, Sparen und intrafamiliäre Transfers von älteren Menschen; in: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 06, 71. Jhg., 67-72
- Hilbert, Josef, Gerhard Naegele (2002): Dienstleistungen für mehr Lebensqualität im Alter. Ein Such- und Gestaltungsfeld für mehr Wachstum und Beschäftigung; in: Gerhard Bosch, Peter Henricke, Josef Hilbert, Kora Kristof, Gerhard Scherhorn (Hg.): Die Zukunft von Dienstleistungen. Ihre Auswirkungen auf Arbeit, Umwelt und Lebensqualität. Frankfurt/New York, 347-369
- ILS (2002): Demografische Entwicklung – Schrumpfende Stadt. Bericht für die Sitzung des ILS-Beirats am 13. Februar 2002. Dortmund
- Klemmer, Paul (2001): Steht das Ruhrgebiet vor einer demografischen Herausforderung? Essen
- Landtag NRW (2005): „Situation und Zukunft der Pflege in NRW“. Abschlussbericht der Enquete-Kommission. Düsseldorf
- Motel-Klingebiel, Andreas, Peter Krause, Harald Künemund (2004): Alterseinkommen der Zukunft – eine szenarische Skizze. Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA). Berlin
- Naegele, Gerhard (2005): Nachhaltige Arbeits- und Erwerbsfähigkeit für ältere Arbeitnehmer; in: WSI-Mitteilungen, 4, 214-219
- Naegele, Gerhard, Christiane Rohleder (2001): Bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligenarbeit im Alter; in: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 11, 415-421
- Naegele, Gerhard (2004): Verrentungspolitik und Herausforderungen des demografischen Wandels in der Arbeitswelt; in: Mario v. Cranach, Hans-Dieter Schneider, Eberhard Ulich, Ruedi Winkler (Hg.): Ältere Menschen in Unternehmen. Chancen, Risiken, Modelle. Bern, 189-219
- Projekt Ruhr GmbH (Hg.) (2005): Demografischer Wandel im Ruhrgebiet. Auf der Suche nach neuen Märkten. Essen
- Reichert, Andreas, Andreas Born (2003): Einkommenssituation und -verwendung älterer Menschen in NRW. Repräsentativbefragung im Auftrag des MGSFF NRW. Düsseldorf
- Strohmeier, Klaus Peter (2000): Stadtgesellschaft und Stadtteilpolitik. Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf die Städte und Gemeinden und Handlungsansätze zur Stabilisierung gefährdeter Stadtteile. (Download: <http://www.ruhr-uni-bochum.de/staresoz/Forschung/stadtgesellschaft.zip>)
- Strohmeier, Klaus Peter (2001): Das Ruhrgebiet ist eine besondere Großstadt. Soziale Strukturen und soziale Probleme im Strukturwandel. Referat anlässlich der Tagung „Ruhrstadt!? – Was ist gut für das Ruhrgebiet?“ am 16.05.2001 im Wissenschaftspark Gelsenkirchen
- Strohmeier, Klaus Peter (2002): Bevölkerungsentwicklung und Sozialraumstruktur im Ruhrgebiet. Bochum (im Auftrag der Projekt Ruhr GmbH)
- Tews, Hans Peter (1993): Neue und alte Aspekte des Strukturwandels des Alters; in: Gerhard Naegele, Hans Peter Tews (Hg.): Lebenslagen im Strukturwandel des Alters. Alternde Gesellschaft - Folgen für die Politik. Opladen, 15-42

Anschrift der Verfasser:
Prof. Dr. Gerhard Naegele
Andreas Reichert
Institut für Gerontologie an der Universität Dortmund
Evinger Platz 13
D-44339 Dortmund
ffg@pop.uni-dortmund.de

Schlagwörter: Alterung, Arbeitskräfteangebot, Arbeitskräftenachfrage, Demografischer Wandel